

## Beschluss der KDV Neukölln vom 27.09.2020

### Für einen lösungsorientierten Umgang mit Drogenkonsum in Neukölln



In Neukölln haben die Sichtbarkeit des Handels mit und der Konsum von illegalen Drogen in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Insbesondere in S- und U-Bahnhöfen, aber auch im öffentlichen Straßenbild sind Abhängige und Dealende für Bürgerinnen und Bürger täglich sichtbar. Die Beschaffungskriminalität und der Drogenhandel auf der einen Seite und die Spritzenfunde in Grünflächen und auf Spielplätzen auf der anderen Seite, stellen für Bezirk und Polizei ein wachsendes Problem dar.

Für uns als Neuköllner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es wichtig, diese Situation zu verändern und Lösungen zu entwickeln, ohne dabei Menschen mit einer Suchtkrankheit noch weiter ins gesellschaftliche Abseits zu stellen oder sie zu kriminalisieren. Wir wissen, dass eine Lösung nur langfristig erfolgen kann und ein konzertiertes Denken in Verantwortung aller betroffenen Behörden im Land Berlin notwendig ist. Gleichzeitig wollen wir alles dafür tun, dass Bürgerinnen und Bürgern alle Bereiche des öffentlichen Raums möglichst ohne Einschränkungen nutzen können. Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger darf nicht gegen die individuelle Situation von Suchtmittelabhängigen ausgespielt werden. Vielmehr können Lösungen nur funktionieren, wenn sie beide Aspekte – ein befriedeter öffentlicher Raum für alle und wirksame Hilfen für Konsumierende – in den Blick nehmen. Wir folgen dabei dem Leitsatz: Jede Bürgerin und jeder Bürger hat ein Recht auf den öffentlichen Raum.

Dazu schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- 1) Wir fordern die Übertragung der landesweiten Sucht- und Drogenkoordination in Abstimmung mit den Bezirken an eine zentrale Stelle an. Hierzu zählt die Erarbeitung und Durchführung eines landesweiten Konzepts, das sowohl die Sozialarbeit als auch den Umgang mit Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum fokussiert und damit eine Bündelung von Informationen und Handlungsbedarfen aus Zivilgesellschaft, Ermittlungsbehörden und Hilfesystemen darstellt.
- 2) Drogenkonsum im öffentlichen Raum wollen wir vermeiden und zugleich Konsumierenden sichere und saubere Möglichkeiten zum Konsum zur Verfügung stellen. Deswegen haben wir die Einrichtung einer stationären Konsumeinrichtung („Druckausgleich“) unterstützt und wollen weitere stationäre und mobile Angebote schaffen. Mobile Angebote können aus Gründen des Arbeitsschutzes nur einen Teil der notwendigen Konsumangebote ermöglichen, sind dennoch als Antwort auf die mobile Drogenszene innerhalb des Bezirkes und darüber hinaus sinnvoll.
- 3) Wir wollen eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Konsumeinrichtungen, da Sucht nicht um 18:00 Uhr endet. Deshalb müssen dringend Konsummöglichkeiten auch in den Abendstunden bis in die Nacht hinein geschaffen werden.
- 4) Wir wollen suchtmittelabhängige Menschen noch stärker als bisher in das soziale und medizinische Netzwerk des Bezirkes und der Stadt integrieren. Die bestehende soziale Infrastruktur ist, etwa im Bereich der Unterbringung, nicht auf die spezifische Klientel der suchtmittelabhängigen Wohnungslosen eingestellt. Deshalb wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Senat ein entsprechendes Konzept und eine Pilot-Einrichtung für Neukölln und andere Bezirke initiieren.

- 5) Wir wollen die aufsuchende Sozialarbeit stärken, um mehr Konsumierende zu erreichen, sie auf Einrichtungen aufmerksam zu machen und auf diesem Weg auch Unterstützung beim Umgang mit ihrer Sucht anbieten zu können. Die Unterstützung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern durch entsprechende Sprachkompetenzen (z.B. durch Sprachmittler) wollen wir ebenfalls fördern. Zudem wollen wir prüfen, inwieweit weitere Zugangshürden, wie die Registrierung zur Nutzung von Drogenkonsumeinrichtungen, abgebaut werden können.
- 6) Die Zusammenarbeit der Behörden ist wichtig für ein zielgerichtetes Vorgehen. Deshalb wollen wir sie weiter ausbauen. Polizei, Ordnungsamt, Gesundheitsamt, Träger der Straßensozialarbeit sowie die weiteren betroffenen bezirklichen Ämter tauschen sich schon heute aus. Auch die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) müssen noch stärker in diese Kooperation eingebunden werden. Diese Koordination wollen wir durch einen Präventionsrat institutionalisieren, um die verschiedenen Gesprächsrunden zusammenzufassen. Der Präventionsrat soll unmittelbar beim Bezirksbürgermeister angesiedelt werden.
- 7) Wir wollen die bestehenden Präventionsangebote ausbauen. Dafür ist die Zusammenarbeit mit Schulen und allen weiteren Bildungseinrichtungen sowie den Kinder- und Jugendeinrichtungen entscheidend. Wir stellen fest, dass zunehmend auch Jugendliche über Verkaufstätigkeiten mit Drogen wie zum Beispiel Heroin oder Crack in Berührung kommen. Umso wichtiger ist es, für diese Zielgruppen durch Präventionsarbeit und berufliche Einstiegsmöglichkeiten geeignete Programme zu entwickeln. Dazu gehört zielgerichtete und langfristig ausgelegte Jugendsozialarbeit.
- 8) Wir wollen, dass gerade Grünanlagen als öffentliche Räume zur Erholung von allen genutzt werden können. Deshalb wollen wir ein (Pilot-)Projekt für Parkbetreuerinnen und -betreuer entwickeln, damit die Neuköllner Grünanlagen als sichere öffentliche Räume wahrgenommen und genutzt werden.
- 9) Wir wollen, dass langfristig Drogenkonsumierenden geholfen wird. Dazu gehört der Ausbau der anerkennenden Drogenarbeit, etwa durch eine Ausweitung des Projektes Patrida wie sie bereits von der Landesdrogenbeauftragten unterstützt wird. Wir erwarten von den zuständigen Senatsverwaltungen und den Krankenkassen die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen, um mehr Menschen aus der Sucht den Weg in langfristig begleitete Therapieangebote – von Substitution bis hin zur Integration in den Arbeitsmarkt – zu ermöglichen. Dazu fordern wir, dass auch Menschen ohne Krankenversicherung der Zugang zu Therapieangeboten ermöglicht wird.
- 10) Bei Umbaumaßnahmen im Stadtraum sind immer Aspekte der städtebaulichen Kriminalprävention zu berücksichtigen.

Für die Neuköllner SPD ist es entscheidend, nicht die Augen vor einem wachsenden Problem in unserem Bezirk zu verschließen, sondern beherzt Lösungen zu entwickeln. Der Mensch steht dabei für uns im Mittelpunkt unseres Handelns. Wir greifen die verständlichen Sorgen der Neuköllnerinnen und Neuköllner zu den Entwicklungen des öffentlichen Raums. Gleichzeitig wissen wir, dass alleine ein repressiver Umgang nur zu Verdrängung innerhalb des Bezirks führen wird. Deshalb wollen wir durch unsere Maßnahmen nicht nur einen lebenswerten Bezirk erhalten, sondern sind vor allem darum bemüht, durch einen lösungsorientierten Ansatz im Umgang mit Drogenkonsum konkret Perspektiven für Menschen zu entwickeln.